

„Seit Jahren bohrende Fragen bleiben nach wie vor offen.“

Anlässlich des sechsten Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU zieht Rechtsanwalt Sebastian Scharmer, Nebenklagevertreter von Gamze Kubaşık, der Tochter des am 4. April 2006 in Dortmund ermordeten Kioskbetreibers und Familienvaters Mehmet Kubaşık (39), eine Bilanz der Aufklärung im NSU-Komplex.

Welche Bedeutung hat für Gamze und ihre Mutter Elif Kubaşık die Tatsache, dass sie als Nebenklägerinnen im Prozess gegen Beate Zschäpe und die vier Mitangeklagten vertreten sind?

Gamze und Elif Kubaşık haben sowohl als Zeuginnen ausgesagt, als auch jetzt im Plädoyer das Wort ergriffen. Sie haben die Folgen des Mordes, aber auch die Folgen der strukturell rassistischen Ermittlungen und die Folgen der Vertuschung nach 2011 so plastisch geschildert, dass es bei mir, vielen Verfahrensbeteiligten aber auch bei der Öffentlichkeit eine enorme Wut und Fassungslosigkeit ausgelöst hat. Das war sehr gut und wichtig. Besonders beeindruckend finde ich, dass beide nicht schnelle oder besonders harte Strafen fordern. Sie wollen Antworten und Konsequenzen über den Prozess hinaus.

Gamze Kubaşık und ihre Familie wurden nach dem Mord an Mehmet Kubasik am 4. April 2006 bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 stigmatisiert und verdächtigt. Sie wurden in eine passive Opferrolle gedrängt: D.h. ihre Fragen wurden ignoriert, ihre Vermutung, bei den Tätern könnte es sich um Nazis handeln, wurde nicht ernst genommen. Aus dieser Rolle konnten sie sich nun zumindest im Prozess befreien. Beide Nebenklägerinnen stellen das Narrativ der Behörden offensiv in Frage, nehmen am Prozess teil und lassen sich nichts vormachen. Für Gamze und Elif Kubaşık ist ihre Beteiligung als Nebenklägerinnen also sehr wichtig. Gamze Kubaşık sagt, sie will kein falsches Mitleid, sie will Antworten! Dabei versuche ich ihr mit allen zulässigen Mitteln zu helfen.

Wie bewertet Ihre Mandantin den Stand der Aufklärung im NSU-Komplex?

Gamze Kubaşık geht davon aus, dass die fünf Angeklagten in München schuldig sind und auch verurteilt werden. Das Netzwerk des NSU, seiner Helfer*innen und Unterstützer*innen ist damit aber nur in einem sehr kleinen Teilausschnitt aufgeklärt. Seit Jahren bohrende Fragen bleiben nach wie vor offen: Warum wurde gerade ihr Vater, Mehmet Kubaşık, Opfer des rassistischen Mordanschlages des Nationalsozialistischen Untergrundes? Wie wurde er konkret ausgewählt? Wie und ggf. wann und durch wen wurde der Tatort in der Mallinckrodtstrasse in Dortmund ausspioniert? Wer wusste im Vorfeld von der Tat? Waren darunter V-Personen der Polizei oder eines Verfassungsschutzamtes? Wie konnte der NSU überhaupt entstehen? Hätte die Tat bei einem rechtzeitigen Einschreiten der Ermittlungsbehörden verhindert werden können? Warum werden bis heute dazu effektive Ermittlungen verweigert? Warum wurden dazu wahrscheinlich auskunftsfähige Akten rechtswidrig vernichtet?

Die Vertreter*innen der Generalbundesanwaltschaft haben ja schon plädiert und dabei deutlich gemacht, dass sie immer noch von einem abgeschotteten Trio Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe ausgehen. Sie und andere Nebenklagevertreter*innen sowie Medien und antifaschistische Gruppen wie NSU Watch gehen schon lange vom NSU als Netzwerk aus. Welche Erkenntnisse zum Netzwerk haben sich Ihrer Ansicht nach aus dem Prozess und den Untersuchungsausschüssen ergeben?

Eine ausführliche Antwort dazu würde den Rahmen sprengen, deshalb hier nur ein paar Beispiele Die Darstellung des NSU als Netzwerk geht schon eindeutig aus seiner Selbstbeschreibung im Bekennervideo hervor. Das dort wörtlich als NSU beschriebene "Netzwerk von Kameraden" ist geradezu konstitutives Element der Terrororganisation. Sowohl vor dem OLG München als auch in den Untersuchungsausschüssen haben sich zahlreiche Hinweise auf lokale Helfer*innen und Unterstützer*innen an den

Tatorten selbst ergeben. Um nur wenige Beispiele in Dortmund zu nennen: Vor Ort gab und gibt es eine hochaktive und extrem gewaltbereite Naziszene. Siegfried Borchert, in der Szene bundesweit als "SS-Siggi" bekannt, wohnte zum Tatzeitpunkt fußläufig vom Tatort entfernt, in derselben Straße. Auf einer im Brandschutt des Unterschlupfes des NSU aufgefundenen Packung genau der Munition, die bei der Česka-Mordserie eingesetzt wurde, fand sich die Aufschrift "Siggi" mit Doppel-Siegrune. Ein von der Polizei als glaubwürdig eingeschätzter Zeuge aus Dortmund berichtete kurz nach der Selbstenttarnung des NSU, dass er möglicherweise Angaben zu zwei weiteren bei den Mordanschlägen genutzten Waffen machen könne, die er konkret benannte. Diese sollen von Blood & Honour in Belgien über bekannte Mitglieder einer Combat 18 Zelle in Dortmund mit Bezug zu "SS-Siggi" an den NSU geliefert worden sein. Im - für Ortsunkundige schwer auffindbaren - Kiosk von Mehmet Kubaşık befand sich zudem eine Videokamera, die nicht funktionierte. Das konnte man aber nur feststellen, wenn man den Hinterraum des Geschäftes vorher ausspioniert hat. Es gäbe noch viele weitere Anhaltspunkte für lokale Unterstützer*innen allein in Dortmund.

Derartige Zusammenhänge findet man an jedem der bislang bekannten Tatorte des NSU. Hinzu kommen zahlreiche Unterstützer*innen, die dem Netzwerk durch Papiere, Wohnungs- oder Fahrzeuganmietungen, Legendierung und Waffenbeschaffungen geholfen haben. Wenn wir diese Punkte im Prozess thematisiert haben, sind wir regelmäßig an der Verweigerungshaltung der Bundesanwaltschaft gescheitert. Effektive Ermittlungen dazu wurden nie angestellt. Die Untersuchungsausschüsse haben dazu zwar durchaus engagiert versucht, Aufklärung zu betreiben. Sie wurden aber ebenfalls an vielen Stellen durch Ermittlungs- und Verfassungsschutzbehörden blockiert. Untersuchungsausschüsse sind außerdem in ihren eigenen Ermittlungsmöglichkeiten grundsätzlich eingeschränkt. Sie sind keine Strafverfolgungsorgane.

Der Nebenklage wird oft vorgeworfen, sie habe den Prozess verzögert durch Anträge oder "haltlose Versprechungen", wie der GBA in seinem Plädoyer behauptete. Wie beantworten Sie derartige Vorwürfe?

Das ist einfach falsch und der Generalbundesanwalt weiß das. Diesen Prozess haben viele unnötige Dinge verzögert: Etliche sinnlose Befangenheitsgesuche von Zschäpe, Wohlleben und Eminger. Das ewige Gezänke von Zschäpe um ihre Anwälte, die sie sich erst ausgesucht hat und dann nach 200 Verhandlungstagen ohne nachvollziehbare Argumente auswechseln wollte. Zschäpes Einlassungsverhalten in Form eines ewigen schriftlichen Ping-Pong-Spiels mit dem Gericht. Die Zurückhaltung von Akten durch die Bundesanwaltschaft oder auch Verfassungsschutzbehörden. Zeug*innen aus der rechten Szene, die dreist gelogen haben oder denen man in tagelangen Befragungen jedes Wort einzeln aus der Nase ziehen musste. Durch die engagiert betriebene Vertretung der Nebenklage kam es hingegen zu keinen merklichen Verzögerungen. Wir haben zwar viele Beweisanträge gestellt, doch wurde vielen Anträgen leider nicht nachgegangen. Wo es daraufhin jedoch zur Beweisaufnahme kam, wurden diese Erkenntnisse letztlich als durchaus relevant eingeschätzt. Selbst die Bundesanwaltschaft hat sich in ihrem Plädoyer nun gerade auf diese Beweise gestützt - natürlich ohne zu sagen, wer dafür gesorgt hat, dass sie im Prozess überhaupt Thema geworden sind.

In der letzten Zeit stehen eigentlich nur noch die Täter im Blickfeld der Öffentlichkeit. Wie wirkt sich das auf die Angehörigen der Ermordeten, aber auch auf den öffentlichen Blick auf den Gesamtkomplex aus?

Für Gamze Kubaşık sowie viele andere Hinterbliebene und Verletzte des NSU-Terrors gehen dadurch zwei Aspekte weitestgehend unter: Zum einen das ständige Gefühl, auf der Straße weitere Täter*innen treffen zu können, die nicht ermittelt oder verfolgt werden. Zum anderen wird durch den reduzierten

Blick aber auch die staatliche Mitverantwortung aus dem Fokus genommen. Strukturell rassistische Ermittlungen haben über 13 Jahre die Betroffenen in den Fokus der Ermittlungen gestellt und damit die Folgen der Morde und Anschläge noch erheblich verschlimmert. Ein Netz von V-Personen war die gesamte Zeit über so nah an Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt dran, dass eine Unkenntnis der Verfassungsschutzämter schwer zu glauben ist, zumal von dort massiv vertuscht, geschreddert und gelogen wurde.

Sie vertreten neben der Gamze Kubaşik seit vielen Jahren Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Welche Parallelen sehen Sie zwischen dem Prozess in München und den ja eher unbemerkten Prozessen hier?

Strukturell rassistische Ermittlungen, Negierung rechter Tatmotive und stattdessen Diffamierung oder sogar Kriminalisierung der Betroffenen sind in Sachsen-Anhalt genauso omnipräsent, wie sich dies durch die Ermittlungen zu allen bislang bekannten Taten des NSU zieht. Daran hat sich nach meiner Wahrnehmung auch nach der Selbstenttarnung des NSU nichts geändert. Nach wie vor arbeiten neben der Polizei auch Staatsanwaltschaften und Gerichte oft darauf hin, rechte Tatmotive konsequent aus den Verfahren herauszuhalten, selbst wenn sie jedem Außenstehenden einleuchten würden. Eine rechte Gewalttat in der Statistik weniger wird als Erfolg wahrgenommen, eine konsequente Ermittlung und Benennung rassistischer oder neonazistischer Gewalt- oder Tötungsverbrechen hingegen als Affront und quasi Nestbeschmutzung.

Nach dem ersten Bundestagsuntersuchungsausschuss wurden 50 Empfehlungen für Polizei und Justiz ausgesprochen. Sehen Sie dadurch eine verbesserte Anerkennung rechter Tatmotive? Und eine veränderte Übernahmepraxis beim Generalbundesanwalt?

Nein. Es gibt nach meiner Wahrnehmung keine praktischen Verbesserungen. Die jetzt im Gesetz ausdrücklich zur Strafzumessung zu berücksichtigenden Motive, wie etwa eine rassistische Gesinnung, wären ja grundsätzlich auch schon vor der Reform zu berücksichtigen gewesen und wurden es nicht. Dass sich daran durch bloße wortwörtliche Benennung etwas ändert, hätte ich auch nicht gedacht. Es bräuhete schon Maßnahmen, die strukturell wirken. Doch diese wurden bislang nicht ansatzweise umgesetzt. Was die Übernahmepraxis durch die Bundesanwaltschaft betrifft: bei den Ermittlungen zur so genannten "Old Scool Society" oder der "Gruppe Freital" gab es zwar eine Übernahme; wahrscheinlich wären diese Verfahren sonst vor sächsischen Amtsgerichten wie Ladendiebstähle behandelt worden. Ansonsten ist die Übernahmepraxis des Generalbundesanwaltes bei rechten Mord- und Gewalttaten aber immer noch äußerst restriktiv - etwa im Vergleich zu anderen Bereichen. Das zeigt sich besonders drastisch bei dem mutmaßlichen Mord an Oury Jalloh durch Polizeibeamte, der durch den Generalbundesanwalt als Einzelphänomen verklärt wird, statt mit der notwendigen Konsequenz allen auf der Hand liegenden Ermittlungsansätzen nachzugehen.

Und wie soll es nach dem Ende des Prozesses weitergehen?

Gamze Kubaşik und viele andere Betroffene werden sich mit dem Ende des Prozesses zu Recht nicht zufrieden geben. Die Ursachen der Entstehung des NSU müssen genauso wie die Frage des Umfangs der staatlichen Mitverantwortung endgültig geklärt werden. Außerdem müssen endlich Maßnahmen gegen den strukturellen Rassismus in den Behörden ergriffen werden, die auch wirken. Ob das wirklich passiert, ist fraglich. Aber Familie Kubaşik, wir als ihre Vertreter*innen und hoffentlich auch die engagierte Öffentlichkeit geben nicht auf.

Vielen Dank für das Interview.